



«Sicherheit vor Profit!» – Gewerkschafter*innen protestieren in Karachi für bessere und sichere Arbeitsbedingungen.

Foto: NTUF

Pakistan

Arbeitende stärken – ausbeuterische Praktiken beenden

Die Bevölkerung Pakistans leidet unter einer einschneidenden Wirtschaftskrise. Im Zug eines strengen Austeritätsprogramms, geknüpft an einen Kredit des Internationalen Währungsfonds IWF, hat die Regierung die Währung abgewertet und Subventionen auf Strom, Gas und Lebensmittel gestrichen. Damit sind die Preise für lebensnotwendige Güter in die Höhe geschossen, ohne dass auch die Löhne gestiegen wären. «Einige grundlegende Lebensmittel, Medikamente, aber auch Bildung sind aus der Reichweite gewöhnlicher Haushalte verschwunden», schreibt unsere Partnerorganisation, der linke Gewerkschaftsdachverband NTUF (National Trade Union Federation).

Hinzu kommen die Auswirkungen der Covid-19-Krise, am deutlichsten sichtbar in der exportorientierten Textilbranche. Millionen Menschen verlieren von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit, Löhne werden zu spät oder gar nicht ausbezahlt, immer wieder werden Arbeiter*innen illegal unter Vorwänden entlassen.

Der NTUF schätzt, dass seit der Unterzeichnung des IWF-Abkommens 2019 und infolge der pandemiebedingten Krise 17 Millionen Menschen ihre Arbeit ganz oder teilweise verloren haben. Derzeit leben rund 60 Prozent der Bevölkerung Pakistans unter der Armutsgrenze. Arbeitskonflikte haben zugenommen, insbesondere wegen ausstehender

Löhne sowie illegaler Entlassungen. Arbeiter*innen wird das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Kollektivverhandlungen verwehrt. In jüngster Zeit finden vermehrt Proteste und Streiks statt, jedoch kennen die meisten Arbeiter*innen ihre Rechte nicht. Aufgrund der hohen Kosten können sie sich keine Rechtsvertretung leisten, um auch gerichtlich gegen ausbeuterische Praktiken vorzugehen. Aus diesem Grund hat der NTUF begonnen, Gewerkschaftsaktivist*innen darin auszubilden, wie sie Beschwerden verfassen und arbeitsrechtliche Fälle selbst vor Gericht vertreten können. Er übersetzt Arbeitsgesetze in lokale Sprachen und erklärt sie auf einfache Weise, damit die Arbeiter*innen ihre Rechte kennen. Angesichts der zunehmenden Arbeitskonflikte ist es umso wichtiger, Arbeiterinnen und Arbeitern beizustehen und sie darin zu bestärken, ihre Rechte einzufordern. Der SOLIFONDS unterstützt den NTUF darin.

**Herzlichen Dank für
Ihre Solidarität!**

Spitalreinigungskräfte in Malaysia organisieren sich gewerkschaftlich

Gemeinsam gegen Repression

In Malaysias öffentlichen Spitälern arbeiten rund 50'000 Arbeiterinnen und Arbeiter als Reinigungskräfte. Die meisten von ihnen sind Frauen, oft alleinstehende Mütter, die ihre Familien mit dem bescheidenen Lohn von 1100 Ringgit, gut 220 Franken, durchbringen müssen. Seit die Reinigungs- und Wartungsarbeiten in den öffentlichen Spitälern an private Firmen ausgelagert wurden, sind die Arbeiter*innen temporär von Subunternehmen angestellt. Lohnerhöhung gibt es keine mehr. Ausserdem müssen die Arbeiter*innen oft ohne Schutzmate-

rial arbeiten und sind hochansteckenden Krankheiten wie Tuberkulose oder aktuell dem Coronavirus ausgesetzt. Doch die Arbeiter*innen wehren sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Sie haben sich in der Gewerkschaft NUWHSAS organisiert und 2019 mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Organisierungskampagne in der nördlichen Region durchgeführt. So konnte die Gewerkschaft ihre Mitgliederzahl verdoppeln trotz des gewerkschaftsfeindlichen Umfelds. Denn immer wieder werden Arbeiter*innen

eingeschüchtert und bedroht, damit sie sich nicht der Gewerkschaft anschliessen. «Ich hatte zuerst grosse Angst, meine Stelle zu verlieren» erzählt eine Gewerkschaftsaktivistin. «Aber ich habe gesehen, dass uns die Gewerkschaft helfen kann.» Dank der gewonnenen Stärke konnte die Gewerkschaft mit dem wichtigsten Subunternehmen der nördlichen Region den ersten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Branche abschliessen.

2020 wechselte jedoch das Subunternehmen. Eine übliche Methode, um neue, meist schlechtere Verträge mit den Arbeiterinnen und Arbeitern abzuschliessen. Mit der neuen Firma begann auch eine neue Runde von Angriffen auf die Gewerkschaft. Das Subunternehmen weigerte sich, den GAV anzuerkennen, und erneuerte den Vertrag von sechs Gewerkschaftsaktivistinnen nicht mehr. Arbeiterinnen und Arbeiter wurden bedroht, damit sie sich nicht der Gewerkschaft anschliessen.

Arbeiterinnen solidarisieren sich

Diesen Angriffen des Subunternehmens will die Gewerkschaft eine verstärkte Organisierungskampagne entgegenstellen. Ziel ist es, in den bevölkerungsreichen Gebieten des Landes neue Mitglieder zu gewinnen und Aktivist*innen zu gewerkschaftlichen Führungspersonen auszubilden. Eine Aktivistin fasst ihr Engagement so zusammen: «Ich engagiere mich nicht nur meinerwegen in der Gewerkschaft. Ich mache es für all die Frauen, die in meiner Situation sind. Ich setze mich für sie ein.» Diese Solidarität soll mit unserer gestärkt werden.

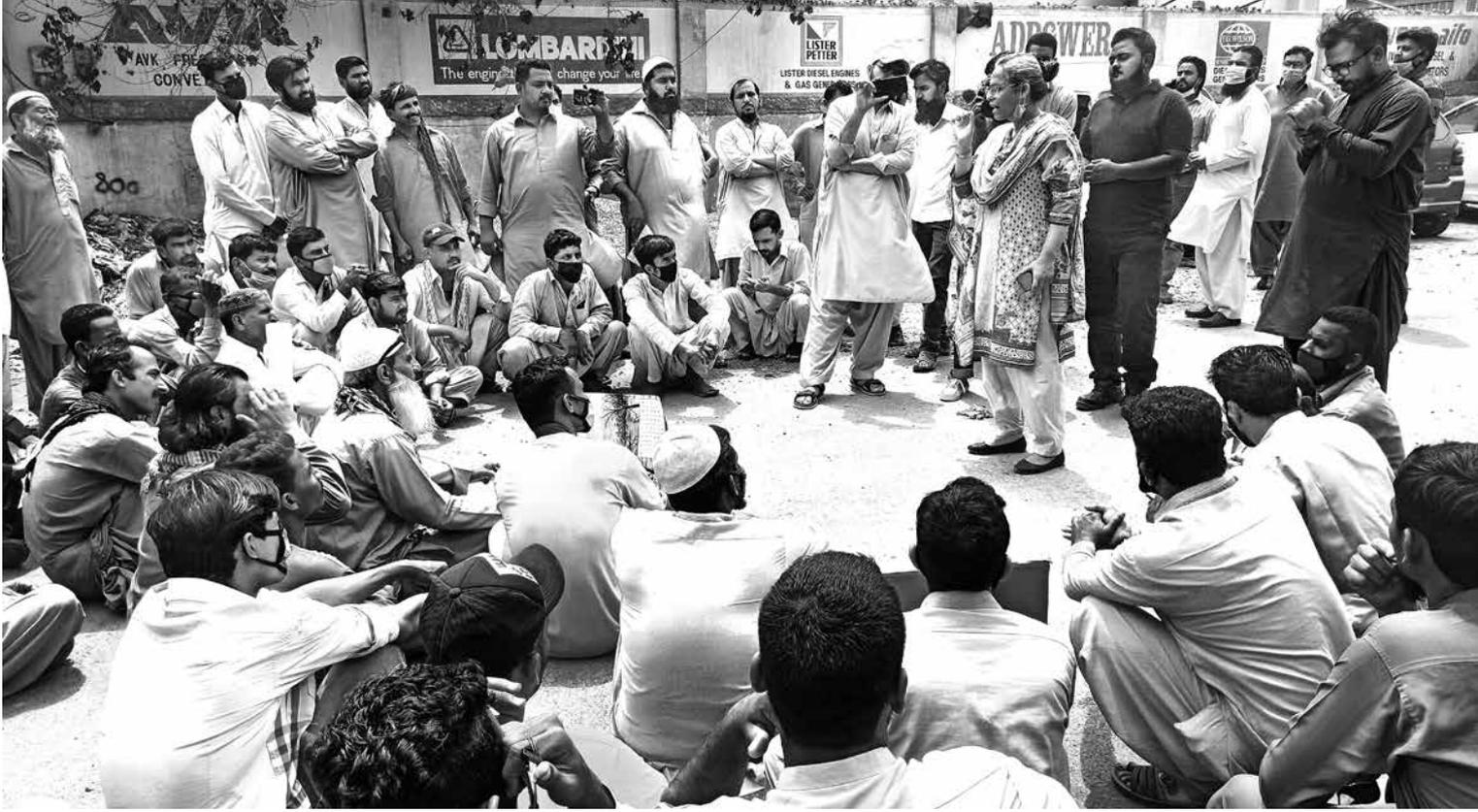


Gewerkschaftsaktivistinnen an einem Arbeitstreffen (2019).

Foto: NUWHSAS

Indien: Überwachung, Kriminalisierung und langsame Ermordung von Regierungskritiker*innen

Die indische Gewerkschafterin und Anwältin Sudha Bharadwaj, die der SOLIFONDS seit langem kennt, sitzt seit über drei Jahren im Gefängnis – ohne Beweise und ohne Verfahren. Nun wurde bekannt, dass ihr Telefon und jenes von mindestens sieben weiteren Mitangeklagten mit dem Pegasus-Spionageprogramm überwacht worden waren – ausserdem auch die Mobiltelefone ihrer Anwält*innen, von Angehörigen und Mitstreiter*innen. Bharadwaj und 15 weitere Intellektuelle, Autor*innen und Kulturschaffende sind angeklagt, Gewaltvorfälle in Bhima Koregaon angestiftet und eine Verschwörung gegen die Regierung geplant zu haben. Was als «Beweise» angeführt wird, sind fabrizierte Dokumente, die in die Computer der Angeschuldigten gehackt wurden. Alle 16 Angeschuldigten haben sich für die Rechte der Kastenlosen (Dalits), der indigenen Bevölkerung (Adivasis), von Frauen und von informellen Arbeiter*innen eingesetzt und die Politik der hindunationalistischen Regierung kritisiert. Es liegt auf der Hand, dass sie deswegen ins Visier genommen wurden. Weil die Gefangenen nach dem Anti-Terror-Gesetz UAPA angeklagt sind, ist eine Freilassung auf Kautions praktisch unmöglich. So wurde die Freilassung mehrerer Angeschuldigter trotz Covid-19-Infektion, weiterer Erkrankungen bzw. hohen Alters abgelehnt. Der 84-jährige Jesuitenpfarrer Stan Swamy, dessen Gesundheit sich seit seiner Verhaftung im Oktober 2020 kontinuierlich verschlechtert hatte, starb am 5. Juli in Gefangenschaft. «Die langsame Ermordung von Pfarrer Stan Swamy ist ein Mikrokosmos der nicht so langsamen Ermordung der indischen Demokratie», schrieb die Schriftstellerin Arundhati Roy. Der SOLIFONDS fordert weiter die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen: www.solifonds.ch/petition



Arbeiter einer Textilfabrik, deren Löhne nicht bezahlt wurden, an einem Treffen mit einer Gewerkschaftsaktivistin.

Foto: NTUF

Gewerkschaften Pakistan

Mit juristischer Bildung Rechte verteidigen

Schon vor der Pandemie arbeitete die grosse Mehrheit der Erwerbstätigen in Pakistan in informellen, prekären Arbeitsverhältnissen – ohne Arbeitsvertrag, auf Abruf, ohne jegliche Sicherheit. Gemäss einer Studie nahm während des pandemiebedingten Lockdowns im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit um 34 Prozent zu, während das durchschnittliche Einkommen um 42 Prozent sank. Bis Ende des letzten Jahres hatten drei Millionen der Entlassenen noch keine neue Stelle, viele Unternehmer nutzten zudem die Situation, um Angestellte zu schlechteren und noch unsichereren Bedingungen zu beschäftigen als zuvor. Häufig werden Arbeiter*innen unter Vorwänden auf die Strasse gestellt, Löhne nicht oder zu spät bezahlt, versprochene Zuschläge zurückbehalten.

Seit die pakistanische Regierung auf Druck des IWF Subventionen gestrichen und die Währung abgewertet hat, sind zudem die Lebenskosten im Land dramatisch angestiegen (siehe Kasten). Viele Menschen kämpfen um ihre Existenz. In dieser Situation kann sich die einfache Bevölkerung trotz des Risikos, an Covid-19 zu erkranken, nicht leis-

ten, zu Hause zu bleiben, weil sonst ihr Einkommen ganz ausbleibt. Für die meisten Menschen in Pakistan ist zudem die Impfung unerschwinglich, da eine Impfdosis nur gegen Kosten in der Höhe mehrerer Monatslöhne auf dem Schwarzmarkt erhältlich ist.

Angesichts der zunehmenden Arbeitskonflikte ist es in jüngerer Zeit vermehrt zu spontanen Streiks, Protesten und Blockaden vor Fabriken gekommen. Arbeiterinnen und Arbeiter fordern die ihnen zustehenden Löhne und Zuschläge ein und kämpfen gegen illegale Entlassungen. So verlangten etwa im vergangenen Frühjahr Angestellte zusammen

mit dem Gewerkschaftsdachverband NTUF, dass der Schweizer Multi-Syngenta 24 langjährige Arbeiter wiedereinstelle und ihre Löhne ausbezahle. Die Arbeiter waren entlassen worden, nachdem sie ihre Festanstellung gemäss dem Arbeitsgesetz verlangt hatten.

Gleichzeitig wissen viele Arbeiterinnen und Arbeiter wenig über ihre Rechte, etwa wie sie den ihnen zustehenden Lohn bei krankheitsbedingtem Ausfall oder Zuschläge für Überzeit einfordern können oder wie sie Verhandlungen für eine Lohnerhöhung führen sollen.

Der Gewerkschaftsdachverband NTUF hat in zahlreichen Fällen Rechtshilfe geleistet, stösst jedoch mit der wachsenden Zahl von Arbeitskonflikten an Kapazitätsgrenzen. Umso wichtiger ist es, dass er Gewerkschaftsaktivist*innen ausbildet, so dass diese auch auf dem Rechtsweg gegen ausbeuterische Praktiken vorgehen können. Die Arbeiter*innen werden gestärkt, indem sie ihre Rechte kennenlernen und sie einfordern können.

IWF-Kredit: wachsende Armut durch Austeritätsprogramm

Im Frühjahr 2019 unterschrieb Pakistan einen Kreditvertrag mit dem Internationalen Währungsfonds IWF, geknüpft an ein strenges Austeritätsprogramm. Die darauf folgende Abwertung der Währung hat zu einer massiven Inflation geführt, Bildungskosten und Subventionen (u.a. auf Strom, Gas und Lebensmittel) sind drastisch gekürzt worden, Lohnerhöhungen für Staatsangestellte ganz gestrichen, Privatisierungen in Gang gesetzt. Elektrizitätskosten sollen um weitere 36 Prozent steigen, mit drastischen Auswirkungen für die Bevölkerung. Ungeachtet der Armut steht die Rückzahlung der Auslandsschulden an erster Stelle.



Im ganzen Land fanden Grossmobilisierungen statt.

Foto: Juan I. Muñoz / Colombia Informa

Kolumbien

Die Kraft der breiten Proteste geht weiter

Die Bevölkerung Kolumbiens lebt in einer ausserordentlichen Krise, die durch die Politik der Regierung von Iván Duque permanent verschärft wird. Mit der Pandemie und den verhängten Massnahmen haben Armut und soziale Ungleichheit weiter zugenommen. Hinzu kommt, dass die Regierung die Friedensverträge zu einem grossen Teil nicht umgesetzt hat. Soziale Führungspersonen werden bedroht und ermordet – allein in diesem Jahr wurden bis Anfang August 108 Aktivist*innen umgebracht –, ebenso ehemalige FARC-Kämpfer*innen und ihre Familien.

In eindrücklichen, wochenlangen Grossmobilisierungen seit Ende April hat die Wut der Bevölkerung ihren Ausdruck gefunden. Dabei waren nicht nur organisierte Bewegungen auf den Strassen, sondern viele Menschen aus armen Vierteln, die ums Überleben kämpfen und für die sich Duques ursprünglich geplante Steuerreform wie eine weitere Ohrfeige anfühlte. Millionen Menschen strömten auf Plätze und Strassen und machten klar, dass sie soziale Gerechtigkeit und Frieden wollen, Bildung und gleiche Möglichkeiten anstelle der erfahrenen Demütigungen, Armut und Gewalt. Auf die Proteste reagierte die Regierung mit brutaler Repression, zahlreiche Demonstrierende wurden durch staatliche Sicherheitskräfte sowie durch von diesen geschützte bewaffnete Zivile getötet, viele weitere sind verschwunden.

Ab Mitte Juni sind die Grossmobilisierungen zurückgegangen. In vielen Dörfern und Vierteln werden jedoch Versammlungen und kulturelle Aktivitäten weitergeführt und Strategien für Veränderungen im Land diskutiert, die über die Mobilisierungen auf der Strasse hinausgehen.

Nach den Mobilisierungen: Vorschläge von unten erarbeiten

Frauenbewegungen, Organisationen von Bäuer*innen, Indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften, Studierende, Gewerkschafter*innen, Vertreter*innen der LGBTQ-Bewegung und Menschen aus den verarmten Vierteln haben sich zu einer landesweiten Volksversammlung getroffen, um gemeinsam zu erarbeiten, wie das Land aus der Krise kommt. Ende Juni ging die Diskussion in einer zweiten Versammlung mit der Teilnahme von 2500 Personen weiter. Die Versammlung wurde als permanenter Prozess erklärt, mit dem Ziel, die Bewegungen zu stärken, sich gemeinsam zu koordinieren und Vorschläge aus lokal durchgeführten Zusammenkünften aufzunehmen und zusammenzuführen. Obwohl die vom SOLIFONDS mitunterstützte Versammlung behindert und bedroht wurde, wird sie ihre Arbeit weiterführen.

Willkommen Pepo!

Neu im Stiftungsrat durften wir diesen Frühling Pepo Hofstetter begrüssen. Er vertritt die Stifterorganisation Solidar Suisse, in der er Vorstandmitglied ist. Pepo war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Abteilung Kommunikation und Kampagne der Gewerkschaft Unia. Zuvor war er langjähriger Kommunikationsverantwortlicher bei der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Alliance Sud und war an der Organisation vieler Schweizer Delegationsreisen an Weltsozialforen beteiligt. Wir heissen Pepo herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Solidarität mit der pro-kurdischen HDP

Die pro-kurdische «Demokratische Partei der Völker – HDP» soll auf Antrag der türkischen Generalstaatsanwaltschaft verboten werden. Der SOLIFONDS führt deshalb zusammen mit anderen Organisationen in der Schweiz die Kampagne «Auch wir sind HDP und solidarisch mit der Demokratischen Partei der Völker» durch.

Bei den letzten Wahlen in der Türkei erhielt die HDP zwischen 10 und 13 Prozent der Stimmen und war drittstärkste Partei im türkischen Parlament. Damit verhinderte sie die absolute Mehrheit von Erdogans AKP. Dieser liess daraufhin fast alle HDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier und gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus kurdischen Gemeinden ins Gefängnis werfen. Jetzt soll die Partei verboten werden, weil sie angeblich Teil der PKK sei. Der absurde Vorwurf nimmt Beiträge namhafter HDP-Politikerinnen und -Politiker in sozialen Medien zum Vorwand, insbesondere während des Friedensprozesses 2015, ebenso wie die Kritik, dass die Türkei den IS in Syrien unterstütze.

Dem Ansinnen der türkischen Regierung, die HDP zu verbieten, setzen wir unsere Solidarität mit der HDP und den gefangenen HDP-Politikerinnen und -Politikern entgegen.

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)